

POSITIONSPAPIER DER FDP-FRAKTION: GEGEN EINE EU-SCHULDENUNION NACH DER EUROPAWAHL

Die Europäische Union finanziert sich größtenteils über Beiträge der Mitgliedstaaten. Über eine eigene Besteuerungs- oder Verschuldungskompetenz verfügt sie nicht, und das ist gut so: Der Anreiz für einzelne Mitgliedstaaten, sich auf Kosten der Allgemeinheit der anderen Mitgliedstaaten den eigenen Haushalt zu sanieren, wäre zu groß.

Mit dem EU-Wiederaufbauprogramm „Next Generation EU“ haben die Mitgliedstaaten 2020 angesichts der Corona-Krise eine einmalige Schuldenaufnahme von gut 800 Milliarden Euro bewilligt, die schwerpunktmäßig den von der Pandemie wirtschaftlich besonders stark betroffenen Ländern zugutekommt. Voraussetzung dafür war, dass es sich um eine einmalige Ausnahme handelt und ausdrücklich nicht um den Weg in die europäische Schuldenunion. Stattdessen fordern wir die Bekräftigung des in den EU-Verträgen festgelegten Prinzips, dass Ausgaben und Einnahmen im Haushalt der EU ausgeglichen sein müssen und die EU sich deshalb für ihren Haushalt nicht verschulden darf.

Jüngst hat sich die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen (CDU), für den Fall ihrer Wiederwahl offen für eine Neuauflage einer Schuldenaufnahme durch die EU gezeigt. Dem Vernehmen nach arbeitet ihr Wirtschaftsberater Mario Draghi bereits ein entsprechendes Konzept aus, das im Auftrag von der Leyens kurz nach der Wahl präsentiert werden soll. Damit reiht sich Frau von der Leyen in die Reihe der CDU-Politiker ein, die sich auf nationaler Ebene für eine Aufweichung der Schuldenbremse einsetzen oder – als Regierungschefs auf Bundesländerebene – sogar aktiv eine Haushaltspolitik gegen die Schuldenbremse des Grundgesetzes betreiben. Es stellt sich zunehmend die Frage, ob „Schuldenunion“ nicht inzwischen eine adäquate Bezeichnung für die einstige Partei Ludwig Erhards und der Sozialen Marktwirtschaft selbst wäre.

Es ist gut, dass dieser Tabubruch Frau von der Leyens rechtzeitig vor der Entscheidung bekannt geworden ist, ob sie für eine zweite Amtszeit an der Spitze der EU-Kommission nominiert wird.

Die Position der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag in dieser Frage ist klar: Eine europäische Schuldenunion und damit das Lostreten einer kaum beherrschbaren europäischen Schuldenlawine wird es mit uns nicht geben. Die Wirtschaftswende in Deutschland und Europa kann es nur mit einer Haushaltspolitik geben, die auf Konsolidierung und Priorisierung setzt.

Der Einstieg in eine Schuldenunion wäre aus mehreren Gründen ein Desaster für das Projekt der europäischen Einigung in Frieden und Wohlstand:

1. Die gesamte offiziell ausgewiesene Schuldenlast der EU-Mitgliedstaaten beträgt bereits über 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bzw. knapp 14 Billionen Euro. Hinzu kommen die Verbindlichkeiten des EU-Wiederaufbaufonds und weiterer EU-Instrumente. Die Maastricht-Kriterien begrenzen die Schuldenaufnahme im Sinne der Finanzstabilität und der Generationengerechtigkeit eigentlich auf 60 Prozent des BIP. Deutschland befindet sich trotz Krisen und Herausforderungen bereits wieder auf dem besten Weg, die 60-Prozent-Schwelle einzuhalten. Für viele andere EU-Staaten gilt dies aber nicht.

Das Gesamtbild ist eindeutig: Die europäische Staatengemeinschaft ist bereits jetzt deutlich zu hoch verschuldet. Dass einige Mitgliedstaaten hohe Defizitquoten von bis zu 7,4 Prozent des BIP im Jahr 2023 aufweisen und ein großer Mitgliedstaat bereits von den Ratingagenturen herabgestuft wurde, muss ein Warnsignal sein. Ob zusätzliche Schulden auf Ebene der EU oder der einzelnen Mitgliedstaaten aufgenommen werden, ist dabei ökonomisch unbedeutend: So oder so müssen die Bürger und Unternehmen in der EU mit künftigen Steuerzahlungen für Zins und Tilgung aufkommen. Daran führt kein Weg vorbei.

2. In der Realität begrenzt nicht die Höhe der bereitgestellten Haushaltsmittel die Investitionen, sondern Faktoren wie fehlendes Personal, Bürokratielasten, Planungs- und Genehmigungskapazitäten. Werden schlicht zusätzliche öffentliche Kredite über die EU-Ebene bereitgestellt, treibt die zusätzliche staatliche Nachfrage allein die Preise in die Höhe – die Bürger erleben eine Rückkehr der Inflation, die wir durch eine verantwortungsbewusste Haushaltspolitik gerade erst mühsam in Richtung auf ein akzeptables Niveau reduziert haben. Deshalb fordern wir Freie Demokraten, die strukturellen Probleme durch eine konsequente Angebotspolitik zu lösen, die auf Bildung, Fachkräfteeinwanderung, Deregulierung und eine Digitalisierungsoffensive der öffentlichen Verwaltung setzt. Das ist schwieriger als eine Politik auf Pump, aber letztlich der einzige erfolgversprechende Weg.
3. Wenn die EU Kredite am Kapitalmarkt aufnimmt und diese dann als Zuschüsse an die Mitgliedstaaten weiterreicht, müssen die Mitgliedstaaten gleichwohl künftig für Zins und Tilgung der EU-Anleihen aufkommen. Dennoch werden die EU-Anleihen nicht durch die EU-Fiskalregeln wie den Stabilitäts- und Wachstumspakt erfasst. Sie tauchen auch nicht in den nationalen Schuldenstatistiken auf. Es handelt sich schlicht um eine Umgehung der Fiskalregeln, die für die Stabilität der Währungsunion von unschätzbare Bedeutung sind. Nach Berechnung der Mannheimer Ökonomen Friedrich Heinemann und Marc-Daniel Moessinger beläuft sich die Summe aus indirekten Rückzahlungsverpflichtungen und Haftungsanteilen Deutschlands für alle europäischen Verschuldungsinstrumente bereits jetzt auf insgesamt bis zu 262 Milliarden Euro.

4. Wir Freie Demokraten fordern, die Kapitalmarktunion zu vollenden und einen einheitlichen europäischen Kapitalmarkt zu schaffen. So wird es endlich wieder attraktiv, in die europäische Wirtschaft zu investieren. Wir steigern dadurch unsere Wettbewerbsfähigkeit effektiv und auf generationengerechte Weise – ganz ohne zweifelhafte Schuldentricks und Subventionswettläufe. Wir sind überzeugt, dass wir deutlich mehr in unseren Wirtschaftsstandort Europa investieren müssen, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern und unseren Wohlstand in Freiheit zu erneuern. 90 Prozent der Investitionen kommen aus der Privatwirtschaft und nicht vom Staat. Gerade bei den privaten Investitionen hat Europa aber ein erhebliches ungehobenes Potential.
5. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zum EU-Wiederaufbaufonds unmissverständlich klargemacht, dass die Schuldenaufnahme durch die EU nur aufgrund ihres besonderen Ausnahmecharakters noch von den EU-Verträgen und dem Grundgesetz gedeckt war. Für einen neuen Schuldenfonds wäre dies voraussichtlich nicht mehr der Fall. Eine solche Politik wäre ein Rechtsbruch mit Ansage, der in einen schweren Vertrauensverlust in die europäischen Institutionen münden könnte. Das lassen wir nicht zu. Es geht hier auch darum, dass Politik glaubwürdig bleibt. Die Wirtschafts- und Währungsunion wurde als Stabilitätsunion konzipiert. An diesem Leitgedanken halten wir Freie Demokraten fest. Statt teure Schulden aufzunehmen, wollen wir öffentliche Mittel noch zielgerichteter in Zukunftsfeldern einsetzen und durch nachhaltigen Bürokratieabbau neue wirtschaftliche Kräfte entfesseln. Nur eine Stabilitätsunion mit verlässlichen Regeln macht die EU dauerhaft zu einem attraktiven Investitions- und Innovationsstandort.
6. Der EU-Wiederaufbaufonds hat sich nur als teilweise erfolgreich erwiesen. Er mag kurzfristig in der Corona-Krise Vertrauen und Zuversicht verbreitet haben, in der administrativen Realität entwickelt er sich mehr und mehr zum Bürokratie-Alptraum: Während die Corona-Krise längst von anderen Krisen überholt ist, sind immer noch nur rund ein Drittel der Mittel aus dem Wiederaufbaufonds ausgezahlt. Immer unwahrscheinlicher wird, dass bis zum Ende des Programms im Jahr 2026 alle bereitgestellten Mittel abgerufen werden können. Zwar ist es gut, dass die EU-Kommission alle Auszahlungsanträge gewissenhaft prüft und das Erreichen aller Reform- und Investitionsmeilensteine kontrolliert. Doch zugleich hat sich das Instrument als bei weitem zu langsam und schwerfällig erwiesen, um effektive Unterstützung in einer Krise zu gewährleisten.

Falls Ursula von der Leyen wirklich annimmt, sich durch Offenheit für eine erneute europäische Schuldenaufnahme ihre Wiederwahl als Kommissionspräsidentin erkaufen zu können, sollte sie eines wissen: Wir Freie Demokraten werden ein solches Vorhaben, dem alle 27 nationalen Parlamente zustimmen müssten, im Deutschen Bundestag stoppen. Im Sinne einer stabilen Währung und einer generationengerechten Politik.



Vor zwölf Jahren, im Juni 2012, hat die damalige CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer FDP-Fraktionssitzung gesagt, es werde keine Euro-Bonds oder andere Formen der gemeinschaftlichen Haftung für Schulden in Europa geben, solange sie lebe.

Frau von der Leyen, wir fordern Sie auf: Schließen Sie sich Frau Merkel an, wiederholen und erneuern Sie ihr Versprechen!